

# ANTRAG

*Gremium:* Bundeskongress (eine Gegenstimme)

*Beschlussdatum:* 22.10.2023

*Tagesordnungspunkt:* 11.3 Weitere Anträge

## **A12NEU: Gefesselter Staat, glückliche Bürger**

### **Antragstext**

#### **Hintergrund**

Ein Hauptproblem moderner Wohlfahrtsstaaten bzw. Demokratien ist es, das richtige Verhältnis von gegenwärtigem Konsum, effektiver Erfüllung von staatlichen Kernaufgaben und langfristigen Zukunftsinvestitionen zu finden. Politiker, die für finanzielles Maßhalten und eine langfristig nachhaltige Lastenverteilung über Generationen hinweg eintreten, sind oft genug in der Minderheit und werden durch Politiker, die vollmundig verheißungsvolle Versprechungen machen, bei Wahlen ausgestochen. Dazu mag der fünfjährige Wahlzyklus das seine beitragen. Wer denkt schon an die Auswirkungen seines Handelns in 20 Jahren, wenn er oder sie sich in drei, vier, fünf Jahren einer Wahl stellen muss, die über das jeweilige politische Schicksal entscheidet.

Zwar ist es richtig und notwendig, dass Bürger vehement an das Verantwortungsgefühl der gerade aktuellen Politikergeneration appellieren, aber dies allein wird das skizzierte strukturelle Problem der unterschiedlichen Zeithorizonte nicht lösen können. Was es braucht, sind ebenso strukturelle Schranken, welche die Bevölkerung den politischen Akteuren auferlegt und welche die vorhandenen negativen Anreize ausgleichen oder zumindest abschwächen und damit verantwortungsvollen Politikern mit langfristigem Blick die notwendige Unterstützung zukommen lassen.

#### **Ausgabenbremse als Turbo der Generationenfairness**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kennt die Entwicklung der Ausgaben des österreichischen Staates so wie in den meisten westlichen Demokratien praktisch nur eine Richtung: nach oben. Dies lässt sich nicht nur, aber vor allem, auf die

24 immens gestiegenen Sozialausgaben zurückführen. Als Anteil an der gesamten  
25 Wirtschaftsentwicklung (BIP) gemessen betragen diese im Vor-Pandemie-Jahr 2019  
26 bereits **29,3 Prozent**<sup>[11]</sup>. Vom finanziellen Kuchen der österreichischen  
27 Staatsausgaben nahmen sie im selben Jahr sogar **41,4 Prozent** ein<sup>[21]</sup>. Es flossen  
28 somit ganze 41 Cent von jedem Euro Staatsausgaben in die sozialen  
29 Sicherungsnetze. Durch die Coronakrise gab es noch einmal einen sprunghaften  
30 Anstieg und die Sozialausgaben erreichten laut Statistik Austria im Laufe des  
31 Jahres 2020 satte **34,1 Prozent** des BIP und damit ihren bisherigen  
32 Höchststand<sup>[31]</sup>. Zwar kam es in den Folgejahren nach Ende der Pandemie wieder zu  
33 einem Rückgang (im Jahr 2022 betrug die Sozialquote „nur“ noch **30,5 Prozent** des  
34 BIP)<sup>[41]</sup>, steigende staatliche Verpflichtungen vor allem im Bereich der  
35 Pensionen, Gesundheit und Pflege bleiben aber auch in Zukunft Ausgabentreiber.

36 Um all dies zu finanzieren, wurde bereits in der Vergangenheit neben einer stark  
37 steigenden Abgabenquote ein immer größerer Schuldenberg angehäuft. Im Vor-  
38 Pandemie-Jahr 2019 betrug dieser **70,6 Prozent** des BIP.<sup>[51]</sup> 2022 erreichte man  
39 nach den Ausgabenexzessen während der Coronapandemie einen Wert von **78,4 Prozent**  
40 des BIP – fast 20 Prozentpunkte über dem diesbezüglichen Maastricht  
41 Grenzwert.<sup>[61]</sup> Im Vergleich zu Österreich schaffte es Schweden nach Einführung  
42 einer Ausgabenbremse in den 90ern seine Staatsverschuldung von einem Wert um die  
43 70 Prozent zu halbieren und damit die Interessen und den finanziellen  
44 Handlungsspielraum nächster Generationen zu wahren.

45 Wir JUNOS - Junge Liberale NEOS anerkennen die moderne Errungenschaft effektiver  
46 sozialer Sicherungsnetze, welche es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen,  
47 ihr Leben geschützt vor Schicksalsschlägen und herkömmlichen Lebensrisiken in  
48 Freiheit und größtmöglicher Unabhängigkeit zu gestalten. Gleichzeitig ist es für  
49 uns Liberale selbstverständlich, dass jedes Mitglied der Gesellschaft die  
50 Pflicht hat, diese Netze nur so lange und in einem Ausmaß in Anspruch zu nehmen,  
51 die seiner unverschuldeten Notlage und/oder seinen vorherigen Beitragszahlungen  
52 entspricht. Neben dieser Verpflichtung des Einzelnen gibt es aber auch eine  
53 Verpflichtung des Staates, seine eigentlichen Kernaufgaben der Aufrechterhaltung  
54 der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Verwaltung sowie wichtige  
55 Zukunftsinvestitionen nicht zugunsten erhöhter Sozialausgaben und Konsums in der  
56 Gegenwart zu vernachlässigen.

57 Gerade Letzteres droht ansonsten zu einem Mühlstein für nächste Generationen zu  
58 werden, die sich nicht mehr auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen können  
59 werden, wenn sie diese einmal brauchen. Als JUNOS - Junge Liberale NEOS sehen  
60 wir es als unsere liberale Pflicht an, uns für generationenübergreifende  
61 Fairness und nachhaltige staatliche Sozialsysteme einzusetzen, welche die  
62 Freiheit und Rechte der Nachgeborenen achten.

63 Aus diesen Gründen setzen wir uns für die Einführung einer Ausgabenbremse im  
64 Verfassungsrang ein. Diese ist in die Systematik einer ebenso  
65 verfassungsrechtlich abgesicherten Schuldenbremse einzufügen und hat vorzusehen,  
66 dass das jährliche Budget des Bundes im Rahmen eines fünfjährigen Haushaltsplans  
67 zu erstellen ist, in welchem den einzelnen Ressorts maximale Ausgabensummen  
68 zugewiesen werden. Gesamtstaatlich darf das Ausgabenwachstum hierbei nicht die  
69 Teuerung übersteigen solange die Verschuldung den Wert von 60 Prozent des BIP (=   
70 Maastricht Grenzwert) nicht unterschreitet.<sup>[71]</sup>

71 Daneben und aufgrund der herausragenden Bedeutung dieses Ausgabenbereichs treten  
72 wir dafür ein, dass die gesamtstaatlichen Sozialausgaben den Wert von **40 Prozent**  
73 an den staatlichen Ausgaben über einen Konjunkturzyklus nicht überschreiten  
74 dürfen. Dies ist ebenfalls in einer Verfassungsbestimmung festzuschreiben. Ein  
75 zu implementierender Konsultationsmechanismus mit Ländern, Gemeinde- und  
76 Städtebund soll die notwendige Abstimmung der Gebietskörperschaften in beiden  
77 Fällen sichern.

78 Durch den damit geschaffenen Druck zur Ausgabensenkung und -konsolidierung  
79 erhoffen wir uns den politischen Willen für überfällige Strukturreformen, vor  
80 allem im Sozialbereich. Notwendig sind insbesondere eine generationengerechte  
81 Pensionsreform, das Abstellen von Privilegierungen für gewisse potente  
82 Interessengruppen sowie die Erhöhung der sozialen Treffsicherheit ebenso wie die  
83 Vereinfachung und Effizienzsteigerung der weiteren Systeme sozialer Absicherung.

## 84 **Steuer- und Abgabenobergrenze als Schutzschirm der** 85 **Steuerzahler**

86 So wie die Sozialausgaben wächst auch die Steuer- und Abgabenquote Österreichs  
87 sukzessive seit Jahrzehnten mit wenigen Intervallen kurzfristiger  
88 Abgabentlastungen. Im Vor-Pandemie-Jahr 2019 lag diese bei ganzen **43,2 Prozent**  
89 des BIP<sup>[81]</sup>. Dieser Wert stieg bis 2022 auf **43,6 Prozent** des BIP an<sup>[91]</sup>. Man  
90 befindet sich damit komfortabel im oberen Drittel der Mitgliedsländer der  
91 Europäischen Union (gemäß leicht abweichendem Wert der WKO)<sup>[101]</sup>. Allen  
92 Steuerreformen der letzten Jahre zum Trotz kommt man dem Ziel einer Steuer- und  
93 Abgabenquote von **unter 40 Prozent** des BIP auch in Zeiten der Hochkonjunktur kaum  
94 näher. Die Gründe sind ähnliche wie jene für die beständig steigenden  
95 Sozialausgaben. Es ist einerseits politisch unpopulär, die notwendigen  
96 ausgabenseitigen Reformen in die Wege zu leiten, um den finanziellen Spielraum  
97 größerer Entlastungen zu schaffen. Andererseits gefielen sich  
98 Regierungspolitiker verschiedenster Couleur dabei, alle drei, vier Jahre  
99 kleinere Steuerreformen zu beschließen, die im Endeffekt nur die angehäuften  
100 inflationsbedingten Mehrbelastungen eben jener drei, vier Jahre ausgeglichen  
101 haben (sogenannte „Kalte Progression“<sup>[111]</sup>). Zumindest Letzteres wurde durch den

102 automatischen Ausgleich von 2/3 des Effekts der Kalten Progression ab dem Jahr  
103 2023 abgestellt.

104 Wir JUNOS – Junge Liberale NEOS sind der Überzeugung, dass der Staat und die ihn  
105 lenkenden Politiker eine moralische Verpflichtung haben, den einzelnen Bürger  
106 nur in jenem Ausmaß zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen, der  
107 unbedingt notwendig ist, um wichtige Staatsfunktionen und Zukunftsinvestitionen  
108 besorgen zu können. Die beständige Aushöhlung des Grundrechtes auf  
109 Privateigentum, um damit kurzfristigen Konsum politischer potenter Wählergruppen  
110 zu finanzieren, muss ein Ende haben.

111 Aus diesen Gründen setzen wir JUNOS - Junge Liberale NEOS uns für die Einführung  
112 einer Steuer- und Abgabengrenze im Verfassungsrang ein. Budgetentwürfe des  
113 Bundes dürfen nicht so ausgestaltet sein, dass sie zu einer Steuer- und  
114 Abgabenbelastung führen, die den Wert von **40 Prozent** des BIPs übersteigt. Um die  
115 Steuer- und Abgabenquote in Zukunft über diesen Wert anheben zu können, ist eine  
116 vorherige Beschlussfassung beider Parlamentskammern (Nationalrat, Bundesrat)  
117 vorzusehen, welche ein erhöhtes Präsenzquorum von 50 Prozent und ein  
118 Konsensquorum von 2/3 der Abgeordneten zum Nationalrat bzw. Mitglieder des  
119 Bundesrates verlangt.

120 Durch die Selbstbindung der Politik und Entziehung dieser Angelegenheiten aus  
121 dem politischen Alltagsdiskurs erhoffen wir uns einen erhöhten Fokus auf die  
122 Effizienzsteigerung und Verschlinkung des Staates sowie Attraktivierung des  
123 Wirtschaftsstandortes und das Abstellen politischer Taktiererei auf dem Rücken  
124 der Steuerzahler und nächsten Generationen.

125 [\[1\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-  
126 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

127 [\[2\]https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
128 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-  
129 aufgabenbereichen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/staatsausgaben-nach-aufgabenbereichen)

130 [\[3\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-  
131 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

132 [\[4\]https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-  
133 soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung](https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/sozialquote-sozialausgaben-und-finanzierung)

134 [\[5\]https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
135 finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-)

136 [schuldenstand](#)

137 [https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-  
schuldenstand](https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-<br/>138 finanzen/oeffentliche-finanzen/maastricht-indikatoren/oeffentlicher-<br/>139 schuldenstand)

140 [https://www.agenda-  
austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/](https://www.agenda-<br/>141 austria.at/publikationen/staatsausgaben/handlungsempfehlungen/)

142 [https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-<br/>143 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen)

144 [https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-  
finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen](https://www.statistik.gv.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-<br/>145 finanzen/oeffentliche-finanzen/oeffentliche-finanzen/steuereinnahmen)

146 <https://wko.at/statistik/eu/europa-abgabenquoten.pdf>

147 [https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-  
lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/](https://www.agenda-austria.at/publikationen/damit-sich-arbeit-wieder-<br/>148 lohnt/die-kalte-progression-die-heimliche-geliebte-des-finanzministers/)